

# Die SPD steht im Aus

WOLFGANG VOIGT

Die Woche der Juristen: Zuerst kassierte der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof sehr zur Freude der Opposition im Landtag die Französisch-Verordnung von Kultusminister Rau. Jetzt hat der Stuttgarter Staatsgerichtshof den Sozialdemokraten die Rote Karte gezeigt. Den von ihnen reklamierten Anspruch auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit dem Erwerb von Kulturgütern des Hauses Baden gibt es nicht.

Unbeschadet aller juristischen Inhalte: Vor allem der politische Schaden für Ute Vogt und ihre Fraktion ist immens. Denn nur selten bekommt eine Opposition von der Regierung eine derartige Steilvorlage zum Torsschuss, wie beim Thema der badischen Kunstgüter. Doch der Ball landete im Aus.

Was sich Ministerpräsident Günther Oettinger und sein glückloser Ressortchef Peter Frankenberg in dieser Sache an Peinlichkeiten bislang geleistet haben, spottet jeder Beschreibung. Die SPD als größte Oppositionsfraktion hat jedoch kaum mehr Fortune bewiesen. Halbherzig im verbalen Schlagabtausch, griff sie alsbald ohne wirkliches

Konzept zur schärfsten Waffe, die der Parlamentarismus zu bieten hat. Jetzt ist die Fraktion (unter Führung einer Juristin!) beschädigt, und ebenso die parlamentarische Kultur. Denn was viele von Beginn der abenteuerlichen Operation Untersuchungsausschuss an prophezeiten, haben die Verfassungsrichter des Landes nun bestätigt: Weder gab es zum maßgeblichen Zeitpunkt eine belastbare Übereinkunft zwischen Land und Haus Baden, noch war das Handeln der Regierung in dieser Sache beendet. Ein Untersuchungsausschuss, so machte die Kammer deutlich, hätte die Handlungsfähigkeit der Regierung mithin erheblich eingeschränkt.

Die SPD hat nun den Schaden gleich in mehrfacher Hinsicht: Mit ihrem Antrag ist sie gescheitert. Daneben muss sie sich vorhalten lassen, im Interesse politischen Geländegewinns das Wohl des Landes hinten angestellt zu haben. Zu guter Letzt: In ihrem Aktionismus hat die Fraktion dem Instrument des Untersuchungsausschusses Schaden zugefügt. Die Grünen widerstanden der Verlockung und beteiligten sich nicht. Eine kluge Entscheidung.